

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. April 1949.

Schaffung eines österreichischen Forschungsrates.267/A.B.

zu 310/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

In Beantwortung der von den Abg. M a r k und Genossen in der Sitzung des Nationalrates vom 30. März 1949 überreichten Anfrage, betreffend die Schaffung eines österreichischen Forschungsrates, teilt Bundesminister für Unterricht Dr. H u r d e s mit:

Das Bundesministerium für Unterricht hat nach sorgfältiger Prüfung der aus den Kreisen der Wissenschaft und der Wirtschaft geltend gemachten Gesichtspunkte vor ca. zwei Monaten einen Referententwurf für ein Bundesgesetz über die Errichtung eines österreichischen Forschungsrates fertiggestellt und hat dann sogleich hierüber die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Zentralstellen eingeleitet. Die Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt (Verfassungsdienst) stehen unmittelbar vor einem günstigen Abschluss. Nach Beendigung der gleichzeitig eingeleiteten, jedoch noch schwebenden Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen wird der Gesetzentwurf sofort den Ämtern der Landesregierungen sowie den massgebenden Kreisen der Wissenschaft und Wirtschaft zur Stellungnahme zugehen. Das Bundesministerium für Unterricht wird alle notwendigen Schritte unternehmen, um durch beschleunigte Behandlung, zu ermöglichen, dass der Gesetzentwurf als Regierungsvorlage noch in der Frühjahrssession eingebracht werden kann, was in voller Übereinstimmung mit den Bestrebungen der Wissenschaftskreise auch mein eigener besonderer Wunsch ist.

-.-.-.-